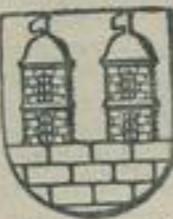


Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Der „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Verkaufspreis: Bei Abholung im Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Bezahlung durch die Posten 2,50 RM., bei Postbeförderung gebührt. Einzelnummern Postboten und ungerade Nummern zu jeder Zeit bezogen und bezahlt werden nach Möglichkeit. Werden nach Möglichkeit auszuhändigen bis 10 Uhr.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Ausgabepreis: die 8 gespaltenen Raumzelle 20 Pf., die 4 gespaltenen Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 60 Pf., ebenso die 3 gespaltenen Reklameteile im letzten Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorauszahlung und Vorauszahlung ist verpflichtend. Anzeigen auszuhändigen bis 10 Uhr. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6 für die Möglichkeit der Anzeige einzugeben werden nach oben der Antraggeber in Konkurrenz steht. Anzeigen nehmen alle Vermittlungen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 80 — 88. Jahrgang

Teleg. Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postleitz.: Dresden 2640

Freitag, den 4. April 1930

Freie Fahrt.

Selbst die „ältesten“ Parlamentarier dürften sich kaum erinnern haben! Dass ein Kabinett von den Entschlüssen einer Fraktion abhängig ist und zu wackeln beginnt, ist ja ein im Reichstag durchaus nicht ungewohnter Zustand, — aber jetzt war nicht das Kabinett, wohl aber die betreffende Fraktion vor außerordentlich folgenschwere Entschlüsse gestellt. Das waren die Deutschnationalen. An ihrer Stimmenabgabe hing zwar nicht das Leben und das Sterben des Kabinetts — denn Dr. Brüning hatte die Auflösungssorder des Reichspräsidenten für den Reichstag in der berühmten „roten Mappe“, falls das sozialdemokratische Misstrauensvotum angenommen würde —, wohl aber trugen damit die Deutschnationalen auch die volle Verantwortung für das Leben und Sterben des Reichstages. Für Neuwahlen, deren Ausgang niemand voraussehen konnte. Damit für das Schicksal der eigenen Partei. Und die deutschnationale Fraktion wurde vom Kanzler zu einer ganz klaren und unumweichlichen Entscheidung genötigt, da er jedes Hindernis durch Vertragsanträge ablehnte, ein unabdingbares, sofortiges Ja oder Nein zu dem Misstrauensvotum forderte.

Und dann war auf der anderen Seite das Agrarprogramm, das Versprechen der „Osthilfe“, rief laut gegen die Finanzlage nach schleuniger Änderung durch die Bedarfsvorlage — alles Notwendigkeiten, die als solche von den Deutschnationalen erkannt wurden. Einer, der bis vor ein paar kurzen Tagen dem Vorstand der Deutschnationalen Fraktion und Partei angehört hatte, war als Minister dazu berufen worden, das Agrarprogramm, die „Osthilfe“ durchzuführen, und der Landbund stellte sich hinter seinen Präsidenten, verlangte, dass man das Kabinett Brüning „in den Sattel setzen sollte“; man konnte daher als Partei, deren Anhänger scharen gerade auf dem flachen Lande besonders groß sind, nicht gegen die Stellungnahme der größten landwirtschaftlichen Organisation in die Abstimmung oder gar in einen Wahlkampf gehen. Und sich von ihren Anhängern auch noch vorwerfen lassen, damit der sozialdemokratischen Opposition zum Sieg verholfen zu haben.

Aber auf der anderen Seite stand die tiefe Abneigung, Männer nicht das Mähdauen fundum zu lassen, die lebt aus der Regierungsbank sitzen und die man wegen ihrer politischen Haltung so oft und scharf bekämpft hatte. In ihrer Außen- wie in ihrer Innenpolitik. Und vor ein paar Tagen noch hatte die Wehrheit der deutsch-nationalen Fraktion die Neuwahlen als den einzigen Ausweg aus der Regierungskrise erkannt.

Män braucht an all dies nur zu erinnern, um das schwere Ringen in den vielfältigen Beratungen der Deutschnationalen Reichstagsfraktion zu verstehen. Und außerdem stand hinter dem Kabinett Brüning der nicht zu übersehende Schatten Hindenburgs. Man hat sich entschlossen, die Wünsche von übermorgen den Notwendigkeiten von heute und morgen zu opfern. Und wer die Größe und das Bedrohliche dieser Notwendigkeiten sieht, wird es begründen, dass die Regierung auf ihrem Weg zur Arbeit auf keine unnötigen Hemmnisse mehr zu stoßen braucht, die Klippe des Misstrauens auf ihrem Kurs abbrechen würde und sie freie Fahrt hat.

Freie Fahrt — zunächst wenigstens. In letzteren Tagen sollen die agrarpolitischen Geschenkwürfe dem Reichstage zur Beifüllung zugehen — und wieder muss man daran erinnern, dass der Reichspräsident von Hindenburg es war, der entsprechende Mahnungen dem Kabinett mit auf den Weg gab. Und gleichzeitig wird man nun wohl auch die Deckungsvorlagen finanziell und steuerpolitischer Art endlich und baldigst erledigen und wollen, mit denen sich die Reichstagsparteien schon ein Vierteljahr herumgeschlagen, die bereits zum allergrößten Teil vom Reichsrat angenommen sind und über deren „Sinnlos“ der Reichskanzler in seiner Erklärung ausführlich sprach. Dann bleibt noch das Programm der „Osthilfe“, bleibt überhaupt noch unendlich vieles, dringend Notwendiges zu erledigen. Gewiss ist nicht zu verkennen, dass die parlamentarische Grundlage des Kabinetts ein recht schwankender Boden ist, — aber auch der ist manchmal doch sicherer und wird fester unter dem Druck der Tagesnotwendigkeiten und der Gewohnheit des Zusammenarbeitens, als im ersten Augenblick die Pessimisten prophezeiten. Als 1927 das Kabinett Marx gebildet wurde, da hat das Zentrum sein politisches „Mittelverhältnisse“ mit der Koalition bis zur Rechten hinüber aufsallend gern erklärt. Jetzt haben die Deutschnationalen dem Kabinett zwar kein Misstrauen ausgedrückt, ihm aber auch keine unabdingbare, vielmehr nur bedingte Zustimmung gegeben. Doch das gehört der Vergangenheit an, die Hauptaufgabe ist jetzt Gegenwart und Zukunft; nicht kommt es darauf an, die Wölfe immer nur zurückzuwenden, sondern allein auf das, was Hindenburg in seiner Neujahrsbotschaft sagte: „über den Parteien muss das Vaterland stehen; wer entschlossen hand mit anlegt und mitarbeitet an den Aufgaben der Gegenwart und am Aufbau der Zukunft, — der handelt wahrhaft national!“

Mehrheit für das Kabinett Brüning

Reichstag führt die Regierung.

Misstrauensanträge abgelehnt.

In der Reichstagssitzung vom 3. April wurden die von Sozialdemokraten und Kommunisten eingebrachten Misstrauensanträge mit 252 gegen 187 Stimmen abgelehnt.

Warg die blanke, saft frühlingsblau getönte Mappe, die vor dem Platz des Reichskanzlers bei Beginn der Reichstagssitzung lag, das Auflösungsdreieck? Vermutet möcht' es mit einigem Zug wohl werden, denn bis in die Morgenstunden hinein blieb das Schicksal des Kabinetts Brüning von jenen Schleieren verbüllt, die unsichere Vereidigungen, elstige Denkungskünste und nicht besonders verantwortungsbewusster Lust am Prophezeien zu weben pflegen. Die Spannung stieg bis auf den bekanntesten äußersten Grad und löste sich erst in einem teilweise nicht von Erstaunen freien, immerhin unerlaubten Aufatmen, als der Führer der Deutschnationalen Partei, Reichsminister Hugenberg, vom Podium der Volksküche aus verkündete, seine Partei verwarf geschlossen die gegen Brüning eingebrachten Misstrauensanträge der Sozialdemokraten und der Kommunisten. Nur die der Rechten darf verwandten Nationalsozialisten behielten die satirische Rolle der Verneinung bei, nachdem ihr Kabinenträger, Graf Reventlow, erklärt hatte, seine Freunde wären keine Hoffnungen, sondern Sozialisten, die dieser „kapitalistischen“ Regierung nicht den kleinsten Finger zu reichen gedachten.

Die beispiellose Erwartung des Tages hatte diesmal wirklich einen fast grandiosen Rahmen um die Ereignisse gelegt. Um das Geschehensgebäude am Platz des Reichsministers anstrengend von Rechtlerigen, denen der Eintritt selbst nicht ermöglicht war, viel Polizei und Wächter der Ordnung — drinnen Besuch bis in die letzten Winkel hinein, die ausländische Diplomatie ohne wesentliche Lücken, siebernde Journalisten heimischen und fremden Charakters in qualvoll lächerlicher Enge. Der Reichskanzler tritt auf, betont kurz und gerade deshalb deutlich die Entschlossenheit der Regierung, die aus eigener Initiative nun mit den besonderen Auftrag des Reichspräsidenten schon begonnenen Rettungsmaßnahmen für die Landwirtschaft und den Osten schleunig zu fördern und zu vollenden. In den nächsten Wochen, noch vor Ostern. Nur wenn gar keine Hoffnung bliebe, mit Parteien und Parlament übereinzustimmen, solle der unerschütterliche Will in die Erscheinung treten, von den leichten Mitteln der Versetzung, dem Grundbildungsparagraphen 48 und der anschließenden Auflösung des Reichstages, Gebrauch zu machen.

Hugenberg, bestig umbrandet von ironischen Zurufen seiner Gegner, brachte die Sensation. Gegen den Matzismus in allen seinen Formen bleibt die Parole, deshalb Ablehnung der von dieser Seite eingebrachten Misstrauensanträge. Das ist die Aussage des Tages, des heutigen Tages. Daraus haben sich die Deutschnationalen in letzter Minute geeinigt, nachdem noch gestern das Jüngste nach der anderen Richtung auszuschlagen drohte.

Somit ist das Los gefallen. Der erste sozialistische Ansturm gegen das Kabinett versöhlt der Abweiflung. Die entschiedene Rechte reicht den andern Regierungshängern die Hand zur Stützung Brünings. Freilich, trocken und verhohlt verhält ihr Führer sich nicht, sondern knüpft recht bedeutsame Folgerungen an den Beginn seiner Rede. Nicht die Spur von Vertrauen in die jetzige Regierung herrscht bei den Deutschnationalen. Alle ihre Sorgen wegen des Young-Plans, wegen des polnischen Handelsvertrages und anderer für sie untragbarer Zustände bleiben bestehen. Die Gedanke muss in Zukunft ausgetragen werden. Alles bleibt vorbehalten, jeder Entschluss und jede Stellungnahme.

Die Konkiliierung dieser Tatsachen wird streng unrichtig. Trotzdem wird die Koalition Brüning auf alle Fälle in den Stand gesetzt, zu regieren. Wird ihr dabei der praktische Erfolg so bescheiden sein wie diesesmal die Gunst der Stunde? Dem Mutigen gehört die Welt.

Sitzungsbericht.

(154. Sitzung.) OB. Berlin, 3. April.
Vor sehr stark besetztem Hause geht die Aussprache über die Erklärung des neuen Kabinetts Brüning weiter. Als erster Redner erhält das Wort.

Abg. Graf Reventlow (Nai.-Soz.): Es gibt jedoch bekannt, dass die Nationalsozialisten dieser Regierung kein Vertrauen schenken. Ich sehe man wieder Herrn Grönert, den Eideshelfer von Spa. Die Erklärung der Regierung ist gewunden und unbeschreiblich, sie scheut anscheinend die Wahrheit. Eine nationale Einigung kann nur aus dem Boden einer Sehnsucht erfolgen, die alle internationalen Tendenzen verwirkt. Die Nationalsozialisten werden nicht milden werden, das völkerverräterische Verhalten der Vertreter des Young-Plans an den Pranger zu stellen. Der Redner fragt den Innensenator Dr. Wirth, ob er die Seeringsche Politik gegen Thüringen etwa fürchten wolle. Habe er diese Absicht, so werde er den schärfsten Widerstand der Nationalsozialisten finden. Die Nationalsozialisten sind keine Faschisten, sondern Sozialisten. Dagegen scheint dieses Kabinett eher sozialistisch zu sein.

Abg. Nadel (Kommu.): Die Firma Hugenberg wird heute für die Regierung stimmen. Die Regierung wird aber die Außenpolitik fortsetzen, gegen welche die Deutschnationalen das Volk begehrten. Die Partei wird nur von Geldinteressen bewegt. Der Redner polemisiert weiter gegen die neue Regierung, gegen Zentrum und Sozialdemokratie.

Reichskanzler Dr. Brüning:

Die über die auswärtige Politik von den Abgeordneten an die Regierung gerichteten Fragen werden im einzelnen

bei dem in kurze zu beratenden Satz des Auswärtigen Amtes ausführlich beantwortet werden. An bezug auf die agrarpolitischen Maßnahmen

ist die Reichsregierung sofort aus eigener Initiative und auch im befohlenen Auftrag des Reichspräsidenten an die Bevölkerung herangezogen. Namentlich sollen sie dem bedrohten Osten Hilfe und Unterstützung bringen.

Gleichzeitig hat sie das Programm des Reichsministers Schieß in den Rahmen ihrer Erwürfe hineingezogen, und ich glaube sagen zu können, dass ich noch in den nächsten Wochen die entsprechenden Gesetzesvorlagen dem Hause unterbreiten werde.

Wegen der Handelspolitik bezieht der Kanzler sich auf die Erklärung der Reichsregierung und stellt fest, dass die notwendige Handelsvertragspolitik auch von der neuen Reichsregierung durchgeführt werden wird. Der Abg. Dr. Breitfeld hat Besorgnis wegen der Anwendung des Art. 48 ausgesprochen. Die Reichsregierung wird nach sorgfältigster Prüfung, wenn es überhaupt notwendig sein sollte, in jedem Einzelfall entscheiden, ob die verfassungsmöglichen und rechtlichen Voraussetzungen des Art. 48 gegeben sind.

Abg. Hugenberg für Regierung.

Unter ziemlicher Unruhe des Hauses und von ironischen Zurufen der Kommunisten empfängt, erhält nun das Wort der Führer der Deutschnationalen, der Abg. Hugenberg. Innerhalb der Deutschnationalen Fraktion sind über die Sitzungnahme zu den Misstrauensanträgen Meinungsverschiedenheiten vorhanden gewesen. Gestern nachmittag hat die Fraktion mit Dreiviertelmehrheit beschlossen, im Hause der Abteilung eines Vertragsantrages, dessen Zweck auf schleunigste Vorlage der Agrargebote gerichtet war, dem Kabinett das Misstrauen auszusprechen.

Auf meine im Einvernehmen mit dem Fraktionsvorsitzenden Dr. Oberholzer gegebene Anregung, fährt Abg. Hugenberg fort, hat die Fraktion heute die Abgabe einer Erklärung beschlossen, laut der die Partei jeden Vorstoß unterstützen wird, von dem irgendwie vorliche Verbesserung der Lage der Landwirtschaft erwartet werden kann. Die Deutschnationale Volkspartei lehnt hingegen den sozialdemokratischen und kommunistischen Misstrauensantrag ab. (Bewegung im Hause, Klare und Gelächter bei den Linien.) Dies geschieht im Hinblick auf die von den neuen Regierung mit starken Worten angekündigten Maßnahmen zum Schutz der schwer notleidenden Landwirtschaft und der gefährdeten Ostprovinzen.

Wir wissen, dass bei großen Teilen der lebigen Regierungskoalition nicht etwa die Rettung der Landwirtschaft und der Ostprovinzen die Beweggründe und Ausgangspunkt der neuen Koalierung waren, sondern die

Berichtigung der Deutschnationalen Volkspartei.

Diese Hoffnungen sind enttäuscht worden. Wir sind völlig darüber einig, dass wir für diese Regierung und ihr Handeln nicht die mindeste Verantwortung tragen. Wir sehen aber keine Verantwortung, dem Reichslandbund in den Arm zu fallen, wenn er die Verantwortung übernehmen will. Wir sind der Meinung, dass Gefahr im Verzuge ist und dass bei allgemeinem guten Willen die Rettungsmaßnahmen für die Landwirtschaft und den Osten noch vor die Österreicher gezeigt werden können. Wir fürchten, dass die Zusammenfassung der preußischen Regierung und der heutige Ausbau der Preußischen Landwirtschaft ein ernstes Hindernis für die erforderlichen Maßnahmen wird. An dem von Herrn Schröder und den deutschen Nationalen Fraktion die verlangten Zahlungsausfall und die nothleidenden Gebiete wird nicht vorbeizukommen sein.

Den politischen Handelsvertrag werden wir entsprechend unserer bisherigen Haltung auch sehr ablehnen. Die Regierungserklärung ist in seiner Weise geeignet, das Misstrauen zu zerstreuen, das wir angestellt der Zusammenfassung der Regierung Brüning haben. Der Will zur Weiterführung des bisherigen Erfüllungskurses in der Außenpolitik wird durch die Beibehaltung des Außenministers Curtius zum Ausdruck gebracht. Auch die Beibehaltung des Ministers Wirth bestätigt diesen Willen. Die Regierungserklärung sagt auch nichts über die Ausnutzung alter Wehrmächtigkeiten durch die Einführung der Bauteile für den Panzerstreuer B in den Haushalt. Wir vermissen auch die Ankündigung der Auflösung der Reichsregierung Thüringen.

Doch wir haben seit Monaten betont, dass wir zu einer Zusammenarbeit mit den nichtimperialistischen Parteien bereit sind, wenn sie sich auf die Rettung von Staat und Wirtschaft vor dem Marxismus und auf die Freiheit Deutschlands richten und Preußen und Bayern gleichmäßig umfassen. Das mit der Absicht der Sprengung der Deutschnationalen Partei, zugleich unter Missbrauch des Namens und Ansehens des Reichspräsidenten, gebildete neue Parteikabinett der Mitte ist ein nicht überzeugender Versuch, diese Tatsache zu verschleiern. Das finanzielle Programm der Regierung findet, da es in einer Linie neue Steuerbelastungen mit sich bringt, nicht unsere Zustimmung. Nach dem Gesagten haben wir gegenüber den Abgeordneten und der Zusammenfassung des Kabinetts ein weitgehendes Misstrauen.

In erster Linie gründet sich dieses Misstrauen auf die Auszeichnerhaltung der Koalition mit dem Marxismus in Preußen und auf die der nationalen Rechten gegenüber befindliche Haltung. Wir werden zu dem und richtig erscheinenden Zeitpunkt die Folgerungen aus diesem Misstrauen ziehen, auch heute nicht etwa mit dem Marxismus stimmen.

Während der Rede wird ein kommunistischer Abgeordneter wegen beleidigender Äußerungen zur Ordnung aufgerufen. Am Schluss erlässt Befehl bei den Deutschnationalen, während die Nationalsozialisten „Piss!“ rufen.

Bedeutende Verwaltungsreform in Sachsen

Vereinfachung im Fürsorgegewesen. — Nicht mehr jährlich 40 000 Abrechnungen.

Das Sächsische Arbeits- und Wohlfahrtsministerium hat dem Landtag einen Gesetzentwurf über die Aenderung des Wohlfahrtspflegegesetzes vorgelegt, daß eine beachtliche Verwaltungsvereinfachung bewirkt.

Die Bezirksfürsorgeverbände sollen der Wohlfahrtskostenkondenz aufzufüllen, so daß dann Träger der Kosten der öffentlichen Wohlfahrtspflege sein, wenn der Landesfürsorgeverband oder der Staat zur Tragung der Kosten verpflichtet ist. Anstelle der bisherigen nachträglichen Erstattungen im Einzelfall soll eine Pauschalabfindung der Bezirksfürsorgeverbände durch den Landesfürsorgeverband erfolgen. Während einer Übergangszeit übernimmt der Staat die gesamten Kosten, bis zu Kosten des Landesfürsorgeverbandes durch Unterbringung von Personen in den Landeshilf- und -pflegeanstalten entstanden sind, da eine nachträgliche Rücküberweisung ohne erhebliche Erstattungen und Schwierigkeiten nicht möglich ist. Bei Neuerrichtungen sollen die Bezirksfürsorgeverbände die Kosten selbst übernehmen, soweit nicht der Staat auf Grund des Wohlfahrtspflegegesetzes die Hälfte zu tragen hat.

Mit der im Gesetzentwurf vorgeschlagenen Pauschalabfindung kann eine wesentliche Verwaltungsvereinfachung erreicht werden, wurden doch jährlich, auf das ganze Land Sachsen geschätzt, etwa 40 000 Altens zum Zwecke der Abrechnungen geschickt. Neben dieser Einschränkung von Verwaltungsosten verfügt man sich auch eine wesentliche Erleichterung der Bezirksfürsorgeverbände künftig an den Kosten für die landesfürsorgebedürftigen Unterstützten beteiligt werden. Andererseits sollen viele Schwierigkeiten und Ungerechtigkeiten weg, die sich aus dem bisherigen Erstattungsprinzip nach Tarifzonen ergeben aus dem Nicht selten erhielten die Bezirksfürsorgeverbände Erstattungen über die tatsächlichen Aufwendungen hinaus, während in der geschlossenen Fürsorge über unzureichende Erstattungen gefragt worden ist.

Zur Abgeltung der Kosten, die den Bezirksfürsorgeverbänden hieraus entstehen, sollen sie im Rechnungsjahr 1930 aus der Staatsfazie eine Überweisung von 2 750 000 RM. erhalten. Die späteren Abgeltungssummen des Staates ergeben sich aus den Berechnungen, wieviel der einzelne Bezirksfürsorgeverband bei der Unterhaltungsfürsorge auf Grund der Fürsorgeverordnung im Verhältnis zu seinem Gesamtürsorgeaufwand im jeweils abgelaufenen Rechnungsjahr ausgewendet hat. Der Gesetzentwurf wird mit vollem Rechte als die bedeutendste Verwaltungsreform Sachsen's bezeichnet. Besonders für die sächsische Wohlfahrtspflege ist die konsequente Durchführung des Bundesgesetzes der Selbstverwaltung, die von den Bezirksfürsorgeverbänden begrüßt werden wird.

Rundfunk-Programm

Sonnabend, 5. April, 14.50: Ballstunde für die Jugend. • 15.15: Schallplatten. • 16: Prof. Dr. Boehm: Von Sinn und Leben des Erzengels. • 16.30: Konzert: Friedenskonzert. • 17: Schubert: Zwölftonmalus aus "Rosenkranz". — Tchaikowski: Capriccio Italien. — Lütz: Manuela Brillante. — Thomas: Volksmusik aus "Hamlet". — Sieber: Wiener Bürger. • 18: Kunstabteilung. • 19: Ober-Reg.-Rat Dr. Schubart: Polizei und Politik. • 19.35: Uraufführung von Schallplatten. • 20.30: Kritik-Spiel: Humor. • 21: Die Frau ohne Rendez-vous. Komödie von E. Ottner. • Danach: Tanzmusik.

Sonnabend, 5. April. — Berlin B. Welle 418. — Berlin O. Magdeburg, Stettin Welle 283.

15.20: Dr. W. Benjamin: Jugendstunde. * 15.45: R. W. Goldschmidt: Die heutige Lage der Intelligenz. * 16.05: Programm der Alten Abteilung. * 16.30 aus Leipzig: Nachmittagskonzert (Das Leipziger Junctorchester). * 18.00: Freiburg von Autenried: Erlebnisse mit Mäzen im Urwald. * 18.35: Traute Rose singt. Am Flügel: G. Bürger. * 18.40: Französisch für Anfänger. * 19.10: Programm der Alten Abteilung. * 19.35: Unterhaltungskonzert. * 20.30: Heiterer Wochenschluß.

Deutsche Welle 1635.

12.00—12.50: Entwicklung der geistigen und wissenschaftlichen Kultur des Mittelalters. Wirtz: Peter Harslau, Edgar Lucas, Graf Duis. Instrumente: Distant, Alt., Tenoragambe. Distant, Alt. und Tenorblockflöte. Doppelröhrege. Laute. * 14.30 bis 15.00: Kinderballstunde. * 15.00—15.30: Aus der pädagogischen Zeitschriftenliteratur. * 15.45—16.00: Schaffensweise im Leben der Frau. * 16.00—16.30: Die Schulbesuchstage des Lehrers und ihre pädagogisch-psychologische Auswertung. * 16.30—17.30: Nachmittagskonzert Hamburg. * 17.30—17.50: Friedrich Hebbel, der Dichter und Mensch. * 17.55—18.20: Kann der Arbeiter Neubaumieten bezahlen? * 18.20—18.40: Karlova aus der Geschichte der Medizin. * 18.40—19.05: Französisch für Anfänger. * 19.05—19.30: Gesellschaftliche Lebensformen. * 19.30—19.55: Weisheit im Kind. * 20.00 aus München: "Die Döllarprinzessin". Operette in drei Akten (nach einem Lustspiel von Galli Trotha).

Bücherhau.
"Das schöne Heim", Aprilheft 1930. RM. 1,60, Verlag F. Bruckmann A.-G., München. Schon der Titel "Das schöne Heim" lädt erkennen, daß diese mit guten Bildern reich ausgestattete Zeitschrift ein vielfältiges Programm erfüllen will. Nach Entwürfen eines amerikanischen Innendekorateurs leben wir im Aprilheft Speise- und Schlafzimmer, ferner Kleinmöbel und Kleinkunst. Über die Aufgaben des Siedlungsarchitekten schreibt M. Taut. Im Zusammenhang damit zeigt man uns Abbildungen von der Eichkamp-Siedlung bei Berlin. Der Garten als Ausdruck unserer Wohnkultur, typisierte Gartenhäuser und Lauben, Niederdelen werden in anderen Beiträgen besprochen. Silbergeschirr und Kunstschmiedearbeiten vertreten die Metallkunst, ferner leben wir grazile Spül- und Stillereien, Riffen, Schalen, Perlbeutel, Rohrmöbel usw. Vielseitig ist auch der praktische Teil, der uns neue Küchengeräte verschiedener Art, einen Kochautomaten, einen Tischventilator, selbst einen elektrisch betriebenen Apparat der Schönheitspflege vorführt. Lebendige und anregungsvolle Textbeiträge behandeln sowohl ästhetische wie auch praktische Fragen aus dem Bereich der Wohnungskultur. Wer irgend eine Neu- oder Umgestaltung oder Verschönerung seines Heimes plant, dem sei empfohlen, aus dieser Zeitschrift Anregungen zu schöpfen.

Geschäftliches.

Allerhand Waschgeheimnisse ist der Titel eines überaus nützlichen, sehr interessanten kleinen Büchleins, das auch der erfahrene Hausherr mit höchst wertvollen Rezepten für die Behandlung von Wäschesäcken aller Gewebe und Arten bestimmt viel Neues zu sagen weiß. Es spricht nicht nur vom Waschen und von Vorzügen der hochwertigen und unzähligen Hausfrauen seit 50 Jahren wohlbekannten Schwan-Erzeugnissen, die ohne Neben- und Nebenstoffe alle Gewebe reinigen und ihnen Glanz, Schönheit und Farbe erhalten; es weist auch Wichtiges über die Behandlung dieser Stücke nach dem Waschen, beim Trocknen, Bügeln und Aufbewahren zu sagen. Eine Menge Zeit, Arbeit und Geld werden diese Waschgeheimnisse der Hausfrau sparen helfen. Jede Leserin dieses Blattes, die diese Mitteilung herausnehmt und an die nachstehende Adresse sendet, erhält die "Allerhand Waschgeheimnisse" kostenlos von den Fabriken von Dr. Thompsons Seifenpulver G. m. b. H., Düsseldorf.

Chicagoer Zauber Schnaps

Likör aus Riechmitteln, Haarwässern und Essenzen. — Der Reitergeneral als Prohibitionsdiktator. — Schulungen dürfen Rumschmuggler bestehen und erscheinen.

Von Harry Willins - Milwaukee.

Die Vereinigten Staaten haben wieder einmal ihre große Prohibitionserfahrung. Einunddreißig Erwerbsgesellschaften und 157 Einzelpersonen sind von den Bundesgroßgeschworenen in Chicago der Verschwörung gegen die Prohibitionsgesetze angeklagt worden. Die Beschuldigten bildeten einen großen Ring, dessen Tätigkeit sich über das ganze Land erstreckte. Das Ungeheure liegt in diesem Falle darin, daß der gesamte Alkohol, den die Schnapschieber vertrieben, aus den Beständen der Regierung stammte und rechtmäßig erworben war. Angeblich sollten diese im Verlauf der letzten sieben Jahre bezogenen sieben Millionen Gallonen (rund 32 Millionen Liter) Spiritus bei der Herstellung von Riechmitteln, Haarwässern und Essenzen verwendet worden, so daß die Behörden die Bestellungen der betreffenden Gesellschaften anstandslos ausführten. Die Unternehmen verarbeiteten den Alkohol unter den Augen der Regierungstellen auch vielleich zu allen möglichen Parfümeriewaren. Letztere aber wurden, ohne daß die Behörden es ahnten, einem erneuten chemischen Prozeß unterworfen. Ein bulgarischer Chemiker namens Srebren, der 1923 noch Amerika gekommen war, hatte nämlich ein Verfahren entdeckt, das es ihm ermöglichte, aus den Parfümerien alle nicht alkoholischen Bestandteile wie Oele und Fette auszuweiden, so daß der reine Spiritus zurück blieb. Diesen Alkohol verarbeiteten die 31 Gesellschaften wieder zu Likören. Der Absatz war reizend, obwohl dieser dreimal destillierter Stoff zehn bis zu vierzig Mark das Liter kostete. Stein Wunder also, wenn der Schiebering im Verlauf seiner siebenjährigen Tätigkeit den phantastischen Reinverdienst von 35 Millionen Dollar erzielen konnte. Srebren selbst bezog riesige Gewinnbeteiligungen von allen 31 Gesellschaften, die sich allerlei niedliche Firmenzeichen wie "Feuerwerksfeuerwerk", "Reinhant-Gesellschaft", "Desinfizierungs-Compagnie" zugelegt hatten.

Natürlich war die Tätigkeit eines derartig grob angelegten Schieberringes nicht ohne die Mithilfe einiger Prohibitionbeamten möglich. Die Untersuchung verspricht in dieser Beziehung noch heitere Dinge als Tagessicht zu bringen. Im Zusammenhang hiermit entwarf der Schriftsteller Biggett vor dem Reichsausschuß des Repräsentantenhauses ein erfreuliches Bild von der Korruption, die seit Einführung der Prohibition in Beamtenkreisen und im öffentlichen Leben Platz gefunden hat: "Wenn wir noch weitere zehn Jahre Trockenheit durchmachen müssen, so werden die Vereinigten Staaten nur noch von organisierten Verbrechern, Unterwerksräten und bestochenen Politikern regiert sein. Unter den jetzigen Verhältnissen bildet der Alkohol die Grundlage für alle Verbrechen der Unterwelt. Mag sich auch eine Organisation speziell dem Raub oder dem Mord widmen, ihre standige und sichere Einnahmeweise wird doch immer der Alkoholschmuggel sein. Beamten, von den höchsten bis zu den untersten, lassen sich bestechen und leisten zum Dank dem Schnapschmuggel Vorleib. Diese Tatsoche bedeutet nichts anderes als den Beginn der Legalisierung aller Verbrechen." Unter anderem erklärte Biggett noch, der Gouverneur von Michigan, der Polizeipräsident von Detroit, der Leiter der staatlichen Polizei in Michigan und vier Bezirksrichter hätten gemeinsam Schnapsorgien gefeiert. Weiterhin erbot sich der Schriftsteller, den Repräsentanten den Beweis dafür zu erbringen, daß die Bundeshauptstadt Washington mit ihren knapp 600 000 Einwohnern viertausend berufsmäßigen Rumschmugglern vollen Verdienst

geve und jährlich 1,5 Millionen Gallonen (rund 7,2 Millionen Liter) Schnaps verbotenerweise trinke.

Die Regierung scheint Biggett diese Behauptungen auch ohne Beweis glauben zu wollen. Darauf lädt wenigstens eine außerordentliche Maßnahme des Präsidenten schließen, der den bisherigen Chef der amerikanischen Kavallerie, General Crosby, zum Kommissar für den District Columbia ernannt hat, d. h. zum Polizeidiktator für die Durchführung der Prohibition im Gebiete der Bundeshauptstadt. Außer den fanatischen Prohibitionisten ist natürlich niemand mit dieser eigenartigen Maßnahme einverstanden. Der Amerikaner spielt zwar gern ein wenig Soldat, aber vor einer Militärdiktatur oder einem "Kosakenregiment", wie die kommende Aera Crosby heute schon genannt wird, will er doch nichts wissen. Außerdem hat man "Beispiele von Exemplen", daß auch die Generale der Prohibition nicht zum Sieg verhelfen können. Wüßte nicht General Butler vom Marinekorps, den sich Philadelphia einmal verschrieb, um die Stadt trocken zu legen, nach zweijähriger dornenvoller Tätigkeit bei seinem Rücktritt erklären: "Ich habe es nicht geschafft!" Auch dem schneidigen Kavalleristen Crosby wird es nicht besser gehen. Gegen die Alkoholschmugglering lädt sich eben keine fröhliche Attache reiten.

Vielleicht wäre es der Durchführung der Prohibition zuträglich gewesen, Crosby hätte den Auftrag erhalten, mit seinen Reitern die Nordwestgrenze gegen die von Britisch-Kolumbien ausrückenden Maultierkolonnen der kanadischen Schnapschmuggler zu verteidigen. Dasselbe neuen, mit allen Hilfsmitteln ausgestatteten und über eine vorzügliche militärische Organisation verfügenden Feind gegenüber hätte der General seine soldatischen Fähigkeiten sicher bester bewertet können. Drei Schnapschmuggleringe arbeiten dort an der Nordwestgrenze. Sie haben einen gemeinsamen Generalstab, der über alle Verhältnisse beiderseits der "Line" unterrichtet ist, die schwerbewaffneten Karawanan mit scharfsinniger Pünktlichkeit abrücken, die amerikanischen Wachorgane anderweitig beschäftigen und die Autokolonnen rechtzeitig zum Empfang des Alkohols eintreffen lädt. Eine neue Wildwestromantik blüht dort auf. Wie ungünstig der Generalstab der Schnapschmuggler arbeitet, beweist der Umstand, daß er, wenn sein Wetterprophet Schneefälle ankündigt, die Karawanan nur aus weißen Maultieren zusammenstellen lädt.

Trotz dieser neuen Invasion im Westen hat die klassische "Rumgrenze" bei Detroit an Beliebtheit nicht verloren. Umgekehrt. Der biedere Gemeinderat von Sandwich auf der kanadischen Seite des Detroitflusses ließ fürsich an der Fahrt zur neuen internationalen Brücke große Fässer aufstellen, weil die in Waffen aus Kanada heimkehrenden Amerikaner ihre leeren Flaschen auf die tiefer liegenden Straßen des Ortes zu werken pflegten und ihre Mitmenschen buntfarbig täglich in Lebensgefahr brachten. Ausflüge im Kraftwagen sind nun einmal die Passion der Amerikaner, und der Stoff darf dabei nicht fehlen.

Das sagten sich kürzlich auch Wade Suyer und Axel Johnson aus Grant (Nebraska), als in der Nähe ihrer Heimatstadt ein Ausflug mit nachfolgender Truthahnjagd veranstaltet wurde. So packten sie 25 Gallonen Schnaps in ihren Kraftwagen, in der tödlichen Absicht, ihn an die Teilnehmer am Jagdausflug auszuschenken. Drei sechzehnjährige Schulungen benutzten die Gelegenheit, den Schnapsverläufen den ganzen Stoff zu stehlen. Sie schleppen den Behälter ein paar Meilen weit in die Sanddüne und vergraben ihn dort. Auf dem Rückweg wurden sie von den Bestohlenen angehalten: "Den' gels, wo habt Ihr den Schnaps?" Da zog einer der beiden vielversprechenden jugendlichen Verbrecher ohne weiteres die Pistole und schoß die beiden Männer über den Haufen. Ein paar Tage später sahen die beiden Galgenbögen vergnügt wieder auf der Schulbank. Das Gericht hatte sie freigesprochen! Biggett, der Ankläger aus dem Repräsentantenhaus, hat also recht. In zehn Jahren werden diese beiden jugendlichen Taugenichts dank ihrer Tüchtigkeit wahrscheinlich öffentliche Stellungen einnehmen. Vorausgeht, daß die Prohibition dann nicht bloß noch eine häßliche Erinnerung ist.

Büdo Luxus

für den Schuh



Bild links: Kommunistischer Schulkrieg in Berlin. Vor zwei Volksschulen in Berlin-Neukölln kam es am 2. April zu stürmischen Auseinandersetzungen. Halbwüchsige Kommunisten, die die Eintrittsstufen der Schulgebäude besetzt hatten, erklärten den Schulgang und verhinderten die Schüler mit Gewalt am Betreten der Schulen. Frauen, die ihre Kinder zur Schule begleitet hatten und sich den Eingang in die Gebäude erzwangen wollten,



wurden mit Stockschlägen zurückgetrieben. — Bild rechts: Die Einweihung des "Hauses der Technik" in Essen, eines fachwissenschaftlichen Fortbildungsinstitutes für die Angehörigen der höheren technischen Berufe, fand am 1. April in Anwesenheit zahlreicher Vertreter der städtischen und staatlichen Behörden, der Wissenschaft, Industrie und Wirtschaft statt. Vor links: Prof. Hoff von der Technischen Hochschule Aachen — Professor

Blum von der Technischen Hochschule Hannover — Professor Planitz, Rektor der Universität Köln — Prof. Schenck, Rektor der Universität Münster — Generaldirektor Dr. Vogler, Dortmund — Dr. Bracht, Oberbürgermeister der Stadt Essen, dem für seine Verdienste um die Schaffung des "Hauses der Technik" von der Technischen Hochschule Aachen die Würde eines Dr. ing. h. c. verliehen wurde — Reg.-Prof. Bergmann-Düsseldorf.

